

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: Bh-00-146/21

Aktenzeichen:

Amt: Büro des AD
 Datum: 15.02.2021
 Version: 1

zu behandeln in:
 öffentlicher Sitzung
 nicht öffentl. Sitzung

Betreff:Neufassung der Entschädigungssatzung der Gemeinde Borkheide**Kurzinfo zum Beschluss****Finanzielle Auswirkungen: Nein**Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €Finanzierung Eigenanteil: € Objektbezogene Einnahmen: €Haushaltsbelastung: €Veranschlagung: mit €Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH: **geprüft und bestätigt:**_____
Unterschrift Kämmerer**geprüft und bestätigt:**_____
Amtsleiter_____
Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
HHA	1						
GV	1						

 Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite
Unterschrift / Datum:_____
Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: Bh-00-146/21

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung Borkheide beschließt gemäß § 3 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) den anhängenden Entwurf der Entschädigungssatzung der Gemeinde Borkheide als Satzung (Anlage 1).

Die Entschädigungssatzung der Gemeinde Borkheide vom 08. Januar 2009 tritt außer Kraft.

Unterschrift / Datum:

<hr style="width: 20%; margin: 0 auto;"/> Vorsitzender der GV

Begründung

Die Entschädigungssatzung regelt die Aufwandsentschädigung der Gemeindevertretung im Rahmen der ehrenamtlichen Tätigkeiten ihrer Mitglieder.

Mit Beschluss Br-00-120/21 (Version 2) wurde die Digitalisierung des Sitzungsdienstes beschlossen. Hierfür wird allen Mitgliedern der Gemeindevertretung ein einmaliger Zuschuss von 500,00 € gewährt, welcher gem. § 14 (1)

Kommunalaufwandsentschädigungsverordnung – KomAEV in die Entschädigungssatzung implementiert werden muss.

Weiterhin werden in einigen Bereichen der Geschäftsordnung Anpassungen des Wortlautes erforderlich sein. Die Neufassung der Geschäftsordnung wird mit separater Beschlussvorlage behandelt.

Der Entwurf und damit Vorschlag der Amtsverwaltung wird der Gemeindevertretung zur Beratung und Abstimmung vorgelegt.